

Vorwort II

Tobias J. Knoblich

»Kultur(en) der Digitalität« – der Titel dieses Jahrbuchs klingt versöhnlich. Eine solche formelhafte Ausdrucksweise ist typisch für die Kulturpolitische Gesellschaft. Der Totalitätsbegriff Kultur schließt ein, nicht aus, und der in Klammern gesetzte Plural verweist auf Vielfalt. Wenn schließlich Kultur auch als normatives Konzept verstanden wird, steckt in dem Titel nicht zuletzt eine gewisse Nobilitierung – und ein Postulat. Digitalität wird als Realität annonciert, als vielgestaltiges Faktum, das nicht bezweifelt werden kann, mit dem man sich folglich auseinandersetzen muss. Dies impliziert auch das kritische Bewusstmachen desintegrierender Entwicklungen, die sich etwa durch Veränderungen der Kommunikations- und Verhaltensformen einstellen und gesellschaftspolitisch verhandelt werden müssen. So spricht Byung-Chul Han zugespitzt sogar vom »Ende des kommunikativen Handelns« und der Aushöhlung der Demokratie durch die Digitalisierung, da das Netz keine politische Öffentlichkeit bilde.¹ Kulturkritik war schon immer ein Bestandteil von Kulturpolitik, sie erlaubt uns das Ausloten einer konstitutiven Dynamik und schützt uns vor Stagnation und Affirmation: »Die Kultur der Moderne ist dadurch ausgezeichnet, ja definiert, dass sie eine Leitkultur weder ist noch hat; was sie im Gegenteil auszeichnet, ist die Praxis der Kulturkritik.«² Und die ist für die Gestaltung politischer Prozesse von unschätzbarem Wert und soll auch durch unsere Abbildung von Diskursen und Positionen zur Kulturrevolution der Digitalität gepflegt werden.

Für politisch Handelnde gilt es immer, Realitätssinn zu beweisen und die Kunst des Möglichen auszubalancieren. Beim Thema »Digitalität« ist dies für die Kulturpolitische Gesellschaft besonders anspruchsvoll, da sie traditionell vor allem aus praktischen Impulsen insbesondere der kommunalen Kulturarbeit und einer lebendigen Demokratisierungsgeschichte Sinn bezog. Ihr Begriff von demokratischer Öffentlichkeit, der die direkte Kommunikation und örtliche Gemeinschaft zur Voraussetzung hat, muss nun mit technologisch vermittelten und in der Reichweite ungleich komplexeren Formen von Informationsgewinnung, Emanzipation und kulturellen Praktiken umgehen. Schließlich

1 Vgl. Han, Byung-Chul (2021): Infokratie. Digitalisierung und die Krise der Demokratie, Berlin: Matthes & Seitz, S. 39ff.

2 Konersmann, Ralf (2008): Kulturkritik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, S. 19

auch mit kollektiven habituellen Veränderungen, die eine Kultur der Digitalität herausbildeten durch das Zusammenwirken von Referenzialität, neuen Formen von Gemeinschaftlichkeit und Algorithmizität³, um die herausgearbeitete Essenz einmal zu benennen. Da sie aber immer auch das Neue in der Gesellschaft zu entdecken und für demokratische Optionen zu erschließen trachtete, hat sie sich frühzeitig mit Fragen dieses fundamentalen Wandels und der gelingenden Transformation unserer Lebenswelt auseinandergesetzt.

Schon im Rahmen des 6. Kulturpolitischen Bundeskongresses »netz.macht.kultur. Kulturpolitik in der digitalen Gesellschaft« im Jahr 2011 haben wir uns zum ersten Mal systematisch mit dem Thema Digitalisierung befasst. Bereits damals wussten wir: »Wir sind Zeugen und Akteure eines tief greifenden kulturellen Wandels, einer digitalen Revolution, die große Ängste und große Hoffnungen auslöst. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind davon betroffen, insbesondere die Kommunikations- und Wissenskultur. Die zunehmend mobile digitale Kommunikation und ihre Infrastruktur revolutionieren die gesellschaftlichen Beziehungen und stellen überkommene kulturelle Traditionen, alltägliche Routinen und ökonomische Geschäftsmodelle ebenso in Frage wie gesellschaftliche Ordnungs- und Rechtsvorstellungen. Grundlegende Begriffe wie Freiheit, Eigentum, Privatheit und Öffentlichkeit, in denen die kulturellen Wertvorstellungen der modernen Zivilisation kodiert sind, stehen auf dem Prüfstand. Inhalt, Rhetorik und Vehemenz der Auseinandersetzung darum tragen die Züge eines Kulturkampfes.«⁴

Heute wissen wir, dass wir damals mit diesem Alarmruf nicht über das Ziel hinausgeschossen sind. Die Hoffnung auf egalitäre und hierarchiefreie Kommunikation, die damals noch artikuliert wurde, ist angesichts von millionenfachen Hassmails, Fake-News und systematischer digitaler Wahlbeeinflussung verpufft. Kaum eine Aussicht auf mehr Demokratie hat sich derart blamiert. Auch die Kulturpolitik ist betroffen, ihre Gewissheiten wurden ebenfalls erschüttert.

Das Revolutionäre und Umwälzende der Digitalität besteht einerseits darin, dass Informationen und Teilhabeprozesse sich fortwährend ausweiten und damit das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben verändern, andererseits, dass wir inzwischen das Lernen auch an Computer delegieren können, die Künstliche Intelligenz als eine Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation wirkt und unsere Lebenswelt mehr und mehr prägt. Die originale Produktion von Ideen, Kreativität und Content aller Art übernimmt in Teilen eine durch Rückkopplung lernende Intelligenz, die nicht mehr das Autoren-Ich zum Schöpfer hat. Dabei sind wir selbst die Treiber der Entwicklungen und unsere Bedürfnisse, nicht die Technik verfolgt eine intentionale Gesellschaftsformung. Folglich sollten wir auch einen reflexiven Transformationsbegriff anwenden, denn »die Gesellschaft transformiert sich [...] selbst, sie wird nicht transformiert in dem Sinne, dass da ein Transformationsakteur auszumachen sei, der die Gesellschaft wie ein Objekt trans-

3 Vgl. Stalder, Felix (2016): *Kultur der Digitalität*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 95ff.

4 Sievers, Norbert (2011): »netz.macht.kultur – Kulturpolitik in der digitalen Gesellschaft. Anmerkungen zum 6. Kulturpolitischen Bundeskongress«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2011; Thema: Digitalisierung und Internet*. Klartext Verlag: Essen, S. 16–25

formiert.«⁵ Vieles können und müssen wir wohl auch tun, in Gang setzen, programmieren.

Die digitale Revolution entgrenzt die Möglichkeiten von Kulturinstitutionen und Wissensbeständen – etwa der Museen und Archive –, verlangt aber auch nach Ordnung und ethischen Standards, guten Konzepten und Vermittlungsformen. Sie kann uns nicht zuletzt entlasten und helfen, durch Einsatz von Künstlicher Intelligenz Steuerungsschranken zu überwinden, die wir infolge lähmender Veränderungsresistenz und Selbstbezüglichkeit geschaffen haben. In Verbindung mit einer leitenden Programmatik kann sie uns etwa unterstützen, die ökologische Wende ins Werk zu setzen und die planetaren Grenzen zu respektieren, also die zerstörerische Ausweitung menschlicher Zivilisation zu bremsen. Es ist eine kulturelle Aufgabe, die wir allein offenbar nicht bewältigen, die starke Gegenwartsfixierung zu überwinden, eine Wende aus dem Wohlstand und zunehmender sozialer Spaltung heraus zu unternehmen und nachhaltig zu wirtschaften, während wir Verzicht lernen müssen. Und all dies im globalen Maßstab und bei geopolitischen Konflikten.⁶

Im Zentrum aller Überlegungen muss eine kriteriengeleitete Politik stehen, die Fragen der Gerechtigkeit, des geistigen Eigentums und des humanen Umgangs mit einer auch ökonomisch ungeahnten Macht regelt – um nur einige Eckpunkte zu benennen. Kulturpolitik kann dabei zweierlei bewirken: die Unterstützung der kreativen Erprobung und gezielten Anwendung digitaler Techniken bzw. Verfahren in ihrem Zuständigkeitsbereich sowie die diskursive Verbreiterung einer Selbstbefassung der Gesellschaft mit dem kulturellen Wandel, der viel an Verständigung, Verarbeitung und zielgerichteter Neuprogrammierung unseres Zusammenlebens erfordert.

Für den Kulturbereich gibt es freilich zahlreiche spezifische Fragestellungen. Zentrale Begriffe wie »Aura« und »Original« beispielweise, die bislang gewissermaßen den programmatischen Code der öffentlich geförderten Kultur markierten und mithin auch die Einrichtungen, die für die Herstellung und Bewahrung dieser Qualitäten öffentlich gefördert werden, verlieren durch die erweiterte (digitale) Reproduzierbarkeit der Kunstwerke und die Entstehung neuer virtueller Kulturräume an Legitimation.

Der Hamburger Kultursenator Carsten Brosda stellt in seinem Jahrbuchbeitrag die Frage in den Raum: »Braucht Kultur in unserer digital überformten Gesellschaft überhaupt noch ein analoges Gruppenerlebnis?« Er belässt die Frage in rhetorischer Offenheit. Aber: Was wäre eine menschliche Kultur in demokratischer Gesellschaft ohne dieses »Erlebnis« und eine sie ermöglichende Kulturpolitik? Wie verhalten sich Formen intendierter gruppenbezogener virtueller Kommunikation und Räume unvorhergesehener Begegnung und direkter Konfrontation zueinander? Diese Fragen zeigen, wie grundsätzlich unsere Diskussion ansetzen muss, weil sicher geglaubte Haltungen ins Wanken geraten. Dabei geht es nicht nur um die Existenz von Kultureinrichtungen und -projekten, obwohl auch deren Förderung und Transformation für Kulturpolitik nach wie vor essentiell sein sollte, sondern immer auch um die Frage, wie wir in Zukunft

5 Nassehi, Armin (2024): Kritik der großen Geste. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken, München: C.H. Beck, S. 190

6 Vgl. Blühdorn, Ingolfur (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 72ff.

leben wollen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass unsere Vision einer humanen und demokratischen Gesellschaft durch die »Kultur(en) der Digitalität« nicht nur befördert werden. Sie bedürfen daher der kritischen Begleitung, wie sie auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth in ihrem Vorwort für die »digitale Revolution« generell anmahnt. Es gilt, »ihr Potenzial so einzusetzen, dass sie möglichst allen nutzt und unser Zusammenleben nicht beeinträchtigt.« Und es geht auch darum, »sie, wo nötig, einzuhegen«, solange uns dies noch möglich ist.

Die Kulturpolitische Gesellschaft wird sich auch weiterhin kritisch mit der Entwicklung der digitalen Gesellschaft auseinandersetzen und die Vor- und Nachteile für die Kultur ausloten. Das vorliegende Jahrbuch ist ein Beitrag dazu. Ich wünsche allen Leser*innen eine angenehme und erkenntnisreiche Lektüre! Danken möchte ich allen, die sich an der Planung und Realisierung dieses Jahrbuches beteiligt haben, namentlich den Herausgeber*innen Simon Sievers, Dr. Sophie Pfaff und Katherine Heid. Mein ganz besonderer Dank gilt ferner den Autor*innen sowie der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien*, Claudia Roth MdB, für die finanzielle Unterstützung der Publikation.

Dr. Tobias J. Knoblich

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.